Positionspapier des 32. Deutschen Naturschutztags

Mit der Verabschiedung eines Forderungskataloges an Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ging der 32. Deutsche Naturschutztag (DNT, in Mainz vom 8. bis 12. 9. 2014) zu Ende. Damit reagieren die über 800 Fachleute des Naturschutzes auf die großen Herausforderungen, denen er sich in den nächsten Jahren im Spannungsfeld unterschiedlicher gesellschaftlicher Anforderungen stellen muss. Naturschutz in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und weder Selbstzweck noch alleinige Angelegenheit der Naturschutzverwaltungen und -organisationen. Er weist Synergien zu zahlreichen anderen Politikbereichen auf. Im Ergebnis des 32. Deutschen Naturschutztages wurden folgende Positionen und Forderungen verabschiedet:

1. Ein nationales Schutzgebietsprogramm auflegen – Lücken im Schutzgebietsnetz schließen!
   Im deutschen Schutzgebietssystem bestehen in vielen Bereichen erhebliche Lücken im Schutzgebietsnetz und Defizite in qualitativer Hinsicht. Weiterhin ist der Anteil an streng geschützten Gebieten in Deutschland im internationalen Vergleich immer noch vergleichsweise gering (Nationalparks: 0,57 %, Naturschutzgebiete: 3,7 % der Landfläche). Deshalb fordert der DNT die Schaffung der rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein gemeinsam durch Bund und Länder getragenes nationales Schutzgebietsprogramm (analog zum nationalen Hochwasserschutzprogramm) zur qualitativen Fortentwicklung bestehender Schutzgebiete und um die Ausweisung weiterer Schutzgebiete zu unterstützen. Der DNT ruft die EU-Kommission auf, den „Fitness Check" der EU-Naturschutzrichtlinien dafür zu nutzen, einen umfassenden und konkreten Aktionsplan zur Behebung der Umsetzungsdefizite der Naturschutzrichtlinien und des Natura-2000-Netzes, einschließlich einer effizienten Finanzierungsbeteiligung der EU zu entwickeln und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten umzusetzen.
2. Landwirtschaft muss den Erhalt der biologischen Vielfalt gewährleisten!
   Öffentliche Gelder für die Landwirtschaft sollen nur für nachgewiesene öffentliche Leistungen gewährt werden. Neben dem vielfach dokumentierten Verlust an biologischer Vielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen sind die Belastungen unserer Oberflächengewässer und des Grundwassers mit Düngemitteln und Pestiziden wie auch die erheblichen Verluste an fruchtbaren Böden besorgniserregend. Deshalb fordert der DNT den Abbau von ökologisch und sozial schädlichen Subventionen in der Landwirtschaft, einen effektiveren Schutz von artenreichem Grünland mit einem nationalen Grünlanderhaltungsgebot, eine integrierte Stickstoffstrategie sowie eine angepasste Tierhaltung ohne Antibiotikaeinsatz und ohne industrielle Tierhaltung.
3. Pflanzen- und Tierarten konsequent schützen und Datengrundlagen verbessern!
   Große Anteile des heimischen Artenbestands (auch bislang noch häufige und verbreitete Arten) sind nach wie vor stark gefährdet oder gar vom Aussterben bedroht. Der DNT fordert daher einen zielgerichteten Schutz aller heimischen Arten und ihrer Lebensräume, die Entwicklung und Umsetzung von allen Natura-2000-Managementplänen und die zeitnahe Umsetzung des gesetzlich geforderten Biotopverbunds auf mindestens 10 % der Landesfläche.
4. Den Gewässern mehr Raum geben – Überschwemmungen vorbeugen!
   Die Hochwasser der letzten Jahrzehnte haben immer wieder deutlich gemacht, dass die Anstrengungen für einen vorsorgenden Hochwasserschutz dringend verstärkt werden müssen. Der DNT appelliert an die im Herbst stattfindende Umweltministerkonferenz, dass für alle Flüsse in hinreichendem Umfang großräumige Deichrückverlegungen in die Finanzierung des nationalen Hochwasserschutzprogramms eingestellt werden und dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte „Bundesprogramm Blaues Band" mit ausreichenden Mitteln für Fließgewässer- und Auenrenaturierungen ausgestattet wird.
5. Kommunale Verantwortung für die biologische Vielfalt wahrnehmen!
   Derzeit leben zwischen 70 und 80 % der europäischen Bevölkerung in Städten und im städtischen Umland; die Tendenz ist steigend. Natur in der Stadt mit naturnahen Frei- und Grünflächen, schadstoffarme Luft, unbelastete Böden und Gewässer sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt sind notwendige Grundlagen für die Gesundheit der Menschen und deren Lebensqualität. Der DNT fordert von den Kommunen Strategien und Konzepte zum Schutz und Management der stadtspezifischen Artenvielfalt. Dem ausufernden Flächenverbrauch in Kommunen ist mit einer „doppelten Innenentwicklung" entgegenzutreten (bauliche Verdichtung des Wohnumfeldes bei gleichzeitiger ökologischer Verbesserung des unmittelbaren Wohnumfeldes). Die in den Städten vorhandenen Grün- und Freiflächen sollten im Sinne von Naturerfahrungsräumen gut und mit wenig Aufwand erreich- und nutzbar sein.
6. Die Energiewende dauerhaft naturverträglich gestalten!
   Der Um- und Ausbau der Übertragungsnetze sowie der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien haben vielfältige Auswirkungen auf die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes. Betroffen sind beispielsweise Vögel und Fledermäuse, aber auch das Landschaftsbild und das Gefüge der Landschaft als Ganzes. Der DNT fordert bei allen anstehenden Planungsprozessen in diesem Kontext die bestehenden Standards für die Umweltprüfungen (SUP, UVP, FFH-Verträglichkeitsprüfung und Artenschutz) einzuhalten. Wesentlich ist eine übergreifende räumliche Koordination, für die die bestehenden Instrumente der Landschaftsplanung und Raumordnung zu nutzen und zu stärken sind. Das in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Kompetenzzentrum „Naturschutz und Energiewende" ist so auszustatten, dass es zu einer Versachlichung der Debatten und zur Vermeidung von Konflikten vor Ort beitragen kann. Es soll sich auch mit den Naturauswirkungen der konventionellen Energie, u. a. Braunkohle und Fracking, befassen. Im Beirat des Kompetenzzentrums sollen Natur- und Umweltschutzorganisationen und der berufliche Naturschutz stark vertreten sein.

Zur Umsetzung der genannten Forderungen und Aufgaben fordert der DNT, ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen in den Naturschutz- und Umweltverwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen bereitzustellen. Während dies im technischen Bereich offensichtlich weitgehend außer Frage steht, sind viele Behörden des Naturschutzes für diese Aufgaben nicht adäquat ausgestattet (**vollständiger Text des DNT-Positionspapiers unter http://www.deutscher-naturschutztag.de**). BfN